

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 33. Für unerlangt eingelangte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 292

Montag, den 16. Dezember 1918

13. Jahrgang

Präsident Wilson in Paris.

Seine Ansprachen. — Ebert für frühere Einberufung der Nationalversammlung. Die Bildung einer republikanischen Volkswehr. — Der Präsident von Portugal ermordet.

Gefinnungslumpen.

Wir nähern uns dem Wahlkampf, da wird es viel bittere Worte, heftige Angriffe geben, und oft und oft, wird der Ausdruck „Gefinnungslump“ durch die Gasse hallen. Besonders in dieser Zeit, wo viele unserer Wesen von heute auf morgen haben umlernen müssen. Sind diese etwa Gefinnungslumpen? Sind etwa die unabhängigen Regierungsglieder Wartz und Haase Gefinnungslumpen, weil sie, gegen ihre eigenen Parteigenossen, von sofortiger Sozialisierung abraten und die Einberufung der Nationalversammlung fordern? O nein! Sie sind nicht Gefinnungslumpen, sondern Gefinnungshelden!

Es war bei uns in früheren Zeiten üblich, einen, der aus dem nationalliberalen ins konservative oder gar sozialdemokratische Lager überging, der sich orientiert, anders zu denken, als er vor zwei Jahren gedacht hatte, Charakterlos zu nennen. Wir meinen, wer lernt, und immer weiter lernt, prüft und vom Guten das Beste wählt, und namentlich, wer den inneren Mut hat zu bekennen, daß er seine Meinung geändert habe, der ist nicht Charakterlos, sondern Charakterfest. Also eigenständig ist er nicht.

Clemenceau und Lloyd George haben ihre politischen Überzeugungen mehrfach gewechselt, und sind oft und oft Gefinnungslumpen genannt worden. Sie waren es nie. Denn neben persönlichen Ehrgeiz hat sie, daran ist ein Zweifel nicht möglich, höchste Vaterlandsliebe befeuert. Und das ist der Schlüssel, an dem sich Gefinnung prüfen läßt, an ihm allein. Und gerade darum ist die Hehe z. B. gegen die WIL-Deutschen heute eine Schmach. Mögen sie auch an Deutschlands Unglück mit Schuld sein, aber haben sie denn das gewollt? Sie haben Deutschlands Größe und Glück gewollt, das war ihre Gefinnung, die war gut und ehrlich und in diesem Sinne können wir alle nicht „allddeutsch“ genug sein. Aber sie haben sich in den Mitteln getret, haben falsche Politik getrieben, das war kein Gefinnungs-, das war ein Verstandesfehler. Dummheit ist keine Schande, nur ein Unglück, und lernen ist menschlich.

Der ist kein Gefinnungslump, der sich für seine Worte jeder Verfolgung aussetzt, der den Mut hat, für seine Überzeugung zu kämpfen. Auch der nicht, der immer nur das Wohl seines Volkes im Auge hatte, und es unter veränderten Umständen mit anderen Mitteln zu erreichen strebt als vorher. Wer Gefinnung hat, gleichviel welcher Art, ist kein Lump, sondern Mitbürger, Mitstreiter. Der aber ist einer, der keine hat, aber eine solche vorspielt. Der immer mit der Richtung geht, die oben am Tisch ist, der nicht das Wohl des Volkes, sondern sein eigenes Profitieren allein im Auge hat.

Und von dieser Sorte ist kein Lager frei, viele, sehr viele machen mit den Spartakisten gemeinsame Sache, weil ihnen das Wohl des Volkes gleichgültig ist, sie selbst aber bei der Revolution etwas zu gewinnen hoffen. Aber auch bei den demokratischen Parteien gibt es solche Leute.

Darum soll jede Partei nicht darauf setzen, was einer früher gemeint oder gewollt hat, sondern aus was für einer Gefinnung heraus er es tat. Wenn ein Liberaler meint, das Volk wäre doch noch nicht reif, sich selbst zu regieren, dann geht er zu den Konservativen. Wer sich aber überzeugt hat, daß nur das Volk selbst über sich bestimmen darf, der bekämpft sich als Demokrat und sei willkommen, und wenn er früher Konservativer war.

Wer sozialistisch denkt, trotz den Wiederheitssozialisten bei, es gibt keine „vaterlandslosen“ Parteien mehr, aber alle zusammen wollen wir für das Wohl des Volkes arbeiten, jeder nach seiner ehrlichen Überzeugung. Für die Leute aber, die nur an ihr kleines „Ich“ denken, und wie sie das am besten retten können, für die ist in keiner Partei Platz — das sind Gefinnungslumpen!

Zur inneren Lage.

Vorbereitungen des „Gemeindefest“.

Aus Hamburg wird den „W. A. N.“ gedruckt: Hier hat sich ein Rat der Seeleute gebildet, der die Interessen sämtlicher Seeleute vertreten will. Obwohl noch keine zeitlichen Seemannsräte in den Häfenstädten

befinden und damit auch eine ordnungsmäßige Basis für die Ansprüche dieses Rates der Seeleute fehlt, fordert er als gesetzgebende Körperschaft in allen Fragen der Handelsmarine und der Kontrolle über Handelschiffe, Reedereien und Seemannsgerichte behandelt zu werden. Der Reederverband soll für die Kosten dieses Rates aufkommen. Der Seemannsrat droht mit der Versenkung sämtlicher Handelschiffe, wenn seine Forderungen nicht gutwillig anerkannt werden.

Wenn das so weiter geht, darf man sich nicht wundern, wenn die Entente von der Herrschaft des Anarchismus in Deutschland überzeugt ist.

Keine Anerkennung der W. und S. Räte.

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Freygnach hat in Triest angefragt, ob für die vom Feinde besetzten Gebiete angeforderte Ausreise, und Rückkehrmöglichkeiten der Delegierten gewährleistet wird, die zu der Berliner Tagung der Arbeiter- und Soldatenräte am 18. Dezember entsendet werden sollen. Diese Frage wurde von der Deutschen Waffenstillstandskommission pflichtgemäß an die oberste Heeresleitung der Alliierten weitergegeben. Marshall Foch hat darauf die lakonische Antwort erteilt: „Die alliierten Mächte erkennen die Arbeiter- und Soldatenräte nicht an.“

Wird über die Rheinischen Republik berichtet.

Der Volksbeauftragte Ebert äußerte sich zu einem Vertreter des W. R. zu der von rheinischen Kreisen beschlossenen Bildung einer rheinisch-westfälischen Republik a. a. Die Regierung in Berlin hat volles Verständnis für die Räte der Rheinlande in Folge der Besetzung durch feindliche Truppen und ist dauernd bemüht, Erleichterungen durchzusetzen. Die Besorgnisse wegen der Entwicklung der kirchlichen Frage beruhen mehr auf dem Bedürfnis der Agitation und sind kein Grund zu einer staatlichen Trennung von Preußen. Auch die Befürchtungen vor einem finanziellen Zusammenbruch sind weit übertrieben. Es geschieht jedenfalls alles, um einem solchen entgegenzuwirken. Bislang entspringen die finanziellen Besorgnisse im Reich den feindlichen Einfüßerungen, sich durch Sonderungsbestrebungen der Tragung der Kriegslasten zu entziehen. Kein Stück deutschen Bodens darf zum Reich abgetrennt, kein deutsches Land und kein deutscher Volksstamm unter fremde Nationalität oder fremdes Protektorat gestellt werden.

Die französische Rheinflotte.

Aus Berlin wird gemeldet: Die französische Rheinflotte, von welcher die ersten Fahrzeuge schon unterwegs sind, besteht aus Kanonenbooten, Patrouillenfahrzeugen und Patrouillenjägern und ist einem Kapitän zur See unterstellt.

Zwei neue Anleihen?

Die Reichsregierung bereitet, wie in München verlautet, zwei neue Anleihen vor, und zwar eine „Demobilisations-“ und eine „Kriegsschadigungsanleihe“. Der Anleihemarkt ist deshalb bis auf weiteres für die Bundesstaaten gesperrt. Falls die einzelnen Volksstaaten wegen ihrer finanziellen Lage Anleihen aufnehmen wollten, müßte das auf dem Wege von Schatzscheinen geschehen.

Unruhen in Dresden.

Nach einer kommunistischen Versammlung in Dresden in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend kam es dadurch, daß ein Trupp von 4-500 Mann, Soldaten, Matrosen und Hilflisten in das Innere der Stadt zog, zu allerlei Zusammenstößen. Beim Polizeipräsidium, wo die Menge die Maschinengewehre herausgeholt wollte, kam es zu einer Schießerei, bei der einige Personen leicht verwundet wurden. Man zog dann zum Ständehaus, entwaffnete dort die Wache und zog zum Postgeländebereich zurück, wo die Menge schließlich gestreut wurde. — Was mit solchen kindischen Kundgebungen erreicht werden soll, wissen wir nicht. Wir möchten, die Deutschen hätten jetzt Ernstes zu tun, als Nabal zu machen.

Scheidemann über seine Politik.

Zu einer Unterredung des Berliner Sonderberichters haters eines Kopenhagener Blattes mit Scheidemann, erklärte dieser, daß die Regierung die Entlassung

der Spartakusleute erwäge. Dieß ist nicht, nach seinen Worten und Handlungen zu urteilen, nicht normal. In Vorkehrungsbestrebungen deutscher Staaten glaubt Scheidemann nicht. Als künftige Staatsform nehme er eine rein sozialistische Republik an. Den Zusammenbruch der bolschewistischen Regierung in Rußland erwarte er binnen wenigen Wochen.

Zur Bildung einer Volkswehr.

Die in Berlin zu einer Vorbesprechung zusammengekommenen Vertreter der Feldsoldatenräte haben an das Feldheer folgenden Aufruf erlassen: Kameraden! Der Rat der Volksbeauftragten hat zur Bildung einer Volkswehr aufgerufen. Ein nach freiheitlichen demokratischen Grundgedanken zusammengesetztes Volksheer soll erstehen und der aus der Revolution geborenen Regierung die Stärke geben, die notwendig ist, um die Früchte der Revolution nach innen und außen zu sichern. Kameraden, wir, die zu einer Vorbesprechung in Berlin versammelten Vertreter der Feldsoldatenräte, halten die Bildung einer Volkswehr für unerlässlich. Wir bitten euch darum, das Zustandekommen der Volkswehr nach Kräften zu unterstützen und euch in Massen der Volkswehr zur Verfügung zu stellen. Tretet heran, Kameraden, das Vaterland, das es zu schützen gilt, ist heute euer. Es will euch nicht in einen neuen Krieg entsenden, will euch nicht wieder unter ein Joch zwingen. Der freie Wille freier Männer soll die Volkswehr bilden und eure Armes soll nur dem Volke dienen. (Siehe auch unter „N. Pol. Mitt.“ in unserer heutigen Nummer.)

Wegen des Karrièredienstes.

Unmittelbar wird mitgeteilt: Zeitungsnachrichten zufolge soll das Mitglied des preussischen Kabinetts, Dr. Adolf Hoffmann, in einer öffentlichen Versammlung am Sonntag, den 8. d. M., geäußert haben: Wenn die Wahlen zur Nationalversammlung nicht eine sozialistische Mehrheit ergeben, würde die konstituierende Nationalversammlung, ebenso wie in Rußland, mit Waffengewalt auseinandergeritten werden. — Die preussische Regierung ist infolge Erkrankung des Herrn Ad. Hoffmann nicht in der Lage, festzustellen, ob diese Äußerung gefallen ist. Sollte er sich in diesem oder einem ähnlichen Sinne geäußert haben, so erklärt die Regierung demgegenüber, daß sie auf dem Boden der Demokratie steht und den durch das Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung zum Ausdruck gebrachten Willen des Volkes respektieren wird.

Wilson in Europa.

Seine Ankunft in Vrest.

„Doll. News Bureau“ erklärt folgende Einzelheiten über die Ankunft Wilsons im französischen Kriegshafen Vrest. Die ganze Stadt war besetzt. Häuser und Straßen waren sämtlich mit Fahnen und Blumen geschmückt. Am Morgen des 13. Dezember sind die französischen Schiffe, die dem Präsidenten entgegenfahren sollten, in See gegangen. Auf hoher See trafen sich die beiden Flotten. Der Dampfer „George Washington“ hatte die Fahne des Präsidenten gehißt. Die französische Flotte salutete, die ganze Bemannung stand an Deck und brachte ein siebenfaches Hoch aus, während die französischen Geschütze einen Salut von 21 Schuß abfeuerten. Präsident Wilson mit seiner Gattin, Dr. Lansing und dem französischen Gesandten befanden sich auf dem Oberdeck, und nahmen dort die Begrüßung entgegen. Die Schiffskapelle des französischen Geschwaders spielte die französische und amerikanische Nationalhymne, die von Bord des Dampfers „George Washington“ in gleicher Weise erwidert wurden.

Wilson über den Frieden.

Bei der Begrüßung durch die Stadtbehörden von Vrest dankte Wilson für den herzlichen Empfang und schloß mit den Worten: Es ist für mich sehr erfreulich, daß ich meine Ratschläge mit denen Ihrer Staatsmänner vereinen kann für die Wiederherstellung eines Friedens, der dem Ideal Frankreichs und der Vereinigten Staaten entspricht.

Eingang Wilsons in Paris.

Die Agence Havas meldet, fand der Eingang Wilsons in Paris unter größter Begeisterung der

Vertical text on the left margin containing various small advertisements and notices.

Vertical text on the right margin containing various small advertisements and notices.